

Abrufen des Seemannsstreiks
 In Stettin hat der Bund der Seeleute mit 217 gegen 33 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. In Lübeck dauert der Streik nach in geringem Umfange fort. In Hamburg ist der Streik beendet. Dagegen hat sich hier, wie in den meisten anderen Hafenstädten, die Wehrheit der Arbeiterkraft gegen die Wiederaufnahme der Affordarbeit ausgesprochen. Die Werftarbeiter der Bremer Atlaswerke und der A.-G. Meyer haben die Annahme des von dem Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruchs abgelehnt.

Die englische Streiklage
 Aufheben macht man sich in England auf eine recht lange Dauer des Streikstreiks der Eisenbahner gefaßt. Daily News schreibt: Man sei auf dem toten Punkt angelangt und weder die Streikenden noch die Regierung seien zum Nachgeben bereit. Auf diese Weise könnte der Streik wochenlang dauern und richtige Schwierigkeiten und Geldverlust mit sich bringen. Es wäre deshalb besser, eine Annäherung der beiden Parteien anzustreben.

Nach einer Spassmeldung hat sich die englische Regierung in Folge des Streiks genötigt gesehen, den Regierungen der alliierten Staaten, die zum großen Teil für die Kohlenlieferung von England abhängig sind, mitzuteilen, daß es ihr unmöglich sei, irgendwelche Ausfuhr von Kohle aus England zu gestatten.

Telegraph meldet aus London, daß in Südwales 300 000 und in Rhonda 30 000 Bergleute erwerbslos sind. Versuche zur Wiederaufnahme der Verhandlungen sind nicht unternommen worden. Der Generalsekretär des Kohlenministers und Bergarbeiterverbandes, Branley, erklärte, er rechne mit einer Streikdauer von sechs Wochen. Die gesamte Bergbauindustrie in Lancashire ist infolge des Eisenbahnerstreiks ernstlich bedroht. In Leeds haben zwei große Stahlwerke schließen müssen. Der Führer der Bergarbeiter, Emillie, erklärt, daß in zwei bis drei Tagen infolge des Eisenbahnerstreiks 90 Prozent der Bergarbeiter zur Arbeits-einstellung gezwungen sein würden.

Telegraph meldet aus London vom 29. September: Anlässlich des Eisenbahnerstreiks wurde in Glasgow versucht, ein Gütermagazin und einen Bahnhof zu plündern. Die Polizei vertrieb die Plünderer. Auf Jäger der North British Co. wurden Anschläge verübt. In Westschottland wurden die Fenster der Signalhäuser eingeworfen.

Streikdrohung der amerikanischen Bergarbeiter
 Haag, 1. Oktober. Aus Washington wird gemeldet: Der Bergarbeiterverband forderte eine Lohnerhöhung um 60 Prozent und drohte im Falle der Ablehnung dieser Forderung mit der Verkündung des Streiks. Die Bewilligung der Forderungen würde einen Aufwand von einer Milliarde Dollar erfordern.

Der erste Staatsvertrag der deutschen Republik

Berlin, 2. Oktober. Im Auswärtigen Amt ist um 11 Uhr nachts der erste Staatsvertrag zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet worden. In den einleitenden Worten des Vertrages wird erklärt, daß die beiden Staaten gewillt sind, sich in der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse einigzuerkommen und zu diesem Zweck zunächst das Abkommen über die Annexion für politische Verhandlungen und Vergleiche sowie über die Freilassung der Kriegsgefangenen geschlossen wird.

Der Annexion werden auf beiden Seiten alle jene Personen feilhalten, die aus politischen oder persönlichen Gründen Verbrechen oder Vergehen begangen haben und infolgedessen verurteilt worden sind. Eingeleitete Verfolgungen derartiger Verbrechen oder Vergehen werden eingestellt. Verurteilungen für bisher begangene Delikte dieser Art dürfen nicht aufgenommen werden. Die in Zusammenhang befindlichen Personen werden freigelassen. Beide Staaten geben die Kriegsgefangenen, die sich in ihrer Gewalt befinden, heraus. Der Vertrag tritt mit dem Augenblick seiner Ratifizierung in Kraft. Er ist in deutscher, polnischer und französischer Sprache abgefaßt. Als authentisch gelten der deutsche und der polnische Text. Von polnischer Seite haben den Vertrag der Botschafter des Ministerpräsidenten Wroblewski, sowie die Bevollmächtigten Diamant und Korfany, von deutscher Seite der Generalleutnant Daniel, Oberst Simon und der Referent

Frau und Politik

In einem Artikel des Vorwärts heißt es jüngst, es sei in bürgerlichen Kreisen besonders bei Damen förmlich Mode, der demokratischen Partei anzugehören. Es ist natürlich ob dies überall zutrifft, lokale Verschiedenheiten spielen hier sicher eine Rolle. In Städten, in denen Umverhältnisse maßgebend sind, geben die gebildeten weiblichen Mitbürger — und nur von diesen kann die Rede sein, wenn man von Mode spricht — vielfach mit der deutschen Volkspartei, deren Mitglieder dort gesellschaftlich dominieren. Im Hannoverland ist an manchen Orten die hannoversche Partei die „Angehörige“, der angehörenden „Mode“ ist. In anderen Teilen Deutschlands sind andere bürgerliche Parteien in der „Mode“.

Es muß nun unbedingt in Erwägung stehen, daß vor allem die leidenschaftlichen Vertreterinnen des Frauenstimmrechts nicht die Konsequenz aus ihrer Forderung zogen, sich der Sozialdemokratie anzuschließen, als der Partei, die uneingeschränkt für das Frauenstimmrecht eintritt und es den Frauen, sobald sie zur Macht gelangt, auch tatsächlich verschafft hat. Dieser letzte Beweis der Ehrlichkeit, mit der die Partei den Programmpunkt erfüllt hat, läßt weit mehr „Rohrbocksozialistinnen“ schaffen müssen, als es der Fall gewesen ist. Solchen Rohrbocksozialistinnen dürfte man kaum einen Vorwurf daraus machen, daß sie sich der Partei nicht früher anschließen. Für sie war eben ausschlaggebend, daß die Sozialdemokratische Partei die Forderung des Frauenstimmrechts vermittelte.

Außerdem gibt es eine zweite Art von Rohrbocksozialistinnen. Es sind solche Frauen, die sich, bevor sie das Stimmrecht besaßen und es so für sie Pflicht wurde, zu Fragen der Politik Stellung zu nehmen, überhaupt wenig mit Politik befaßt. Als sie sich nun ernsthaft beschäftigen, lernen sie an die Lehren des Sozialismus glauben. Viele, die seit langem instinktmäßig und bewußt die Ungerechtigkeit der Altersverteilung — auch der geistigen — innerhalb der bisherigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung empfanden, waren vielleicht schon gefühlsmäßig Sozialisten und fanden nun erst Bewußt die Stelle, an die sie gehörten. Ich würde hierher besonders sozial arbeitende Frauen.

für die polnischen Angelegenheiten Graf Verchenfeld unterzeichnet. Der Sitzung, in der die Unterzeichnung stattfand, sind die Vertreter Englands und Frankreichs zugezogen worden. Dieses Abkommen ist der erste freie Staatsvertrag, den die Republik Deutschland, aber auch die Republik Polen abgeschlossen haben.

Verhältniß Rechtfertigungsversuch

In seinem in der Neuen Züricher Zeitung veröffentlichten Bemerkungen zum österreichischen Kolbuche, erklärt Graf Verchold:

Die österreichisch-ungarische Note an Serbien habe keine Demütigung Serbiens bezeugt. Deutschland habe deshalb nicht früher als die andere Signatarmächte Kenntnis von der Note erhalten, weil Herr v. Bethmann-Hollweg Österreich-Ungarn freies Hand gelassen habe mit dem Bemerkten, Deutschland werde, wie immer auch die Entscheidung ausfallen möge, hinter Österreich-Ungarn stehen. Die serbische Note sei als ungenügend erklärt worden, weil in zweien der allerwichtigsten Punkte nichts erreicht worden sei. Verchold schließt auch hier Deutschland vor, das erwartet habe, auf eine etwa abweichende Antwort Serbiens werde die Kriegserklärung sofort folgen.

Bevorstehende Kabinettsumbildung?

Berlin, 2. Oktober. Die getragenen zahlreichen Versprechungen unter den maßgebenden italienischen Politikern werden mit den Versuchen einer Umbildung des Kabinetts in Verbindung gebracht. Ritti empfing Luzzatti, Giolitti, Salandra, Turati, den Kriegsminister und zweiten Tittoni; ferner einige Mitglieder des Kabinetts. Die Giolittianer ebenso wie Turati sollen durchaus gegen eine außerparlamentarische Umbildung des Kabinetts sein.

Deutsches Reich

Reichszuschuß für Lebensmittel

Gegen Ende des Monats wird, so meldet der Vormärts, eine Verbesserung des Brotes eintreten, weil alsdann das Getreide weniger stark ausgemahlen werden wird. Allerdings wird dadurch auch der Preis für das Brot erhöht werden müssen.

Es soll der Bevölkerung aber nicht zugemutet werden, die ganze Erhöhung tragen zu müssen. Das Reich will bis zum 1. April des nächsten Jahres 3 1/2 Milliarden zu den Reichsrenten zuschießen. Die Nationalversammlung soll sobald darüber beschließen.

Freigabe des Gemüsekonservenhandels

Die Ernährungsfrage hat einen weiteren Abbau der Zwangsverteilung durch die Freigabe des Handels mit Gemüsekonserven ermöglicht. Die Gemüsekonserven-Fabrikgesellschaft hat daher den Absatz der Gemüsekonserven aus der Ernte 1919 zu Preisen, die noch veröffentlicht werden, freigegeben. Eine Beschränkung besteht nur noch insofern, als die Fabrikanten der Gemüsekonserven der Kriegsgesellschaft angeben haben, in welches Land die Konserven verkauft worden sind. Außerdem müssen sie auf Verlangen der Kriegsgesellschaft einen Teil der Jaborisation zurückhalten und nach Umverteilung abgeben. Diese Beschränkungen sind notwendig, um eine einigermaßen gleichmäßige Verteilung der Konserven durch den Handel auf die verschiedenen Verbrauchsgebiete zu gewährleisten und um, falls erforderlich, Notstandsmaßnahmen vornehmen zu können.

Verhaftung des hessischen Ministerpräsidenten

Der hessische Ministerpräsident Ulrich wurde auf dem Bahnhof in Worms, als er nach Darmstadt zurückreisen wollte, beim Passieren der Bahnsperrre von einem französischen Gendarmen angehalten, der ihm seinen Reisepaß abnahm und ihn aufforderte, zum Militärattaché mitzukommen. Bei dieser Auseinandersetzung erhielt der Ministerpräsident von einem der drei Soldaten, die den Gendarmen begleiteten, einen Stoß in den Rücken. Ein Versuch des französischen Bahnhofsbeamten, zu intervenieren, scheiterte. Der Ministerpräsident mußte zu Fuß mit dem Gendarmen durch die Stadt zum Bureau de l'Administator, nachdem sein Wunsch nach einem Wagen abgelehnt worden war. Der französische Oberst erklärte nun auf dem Bureau alles als ein Mißverständnis und

Endlich kommen solche Dinge, die infolge zunehmender Erregtheit, insbesondere nach dem Erleben der Kriegsjahre, ihren bisherigen politischen Standpunkt bewahrt und überzeugt nach links überdenken. Der Weg war für manch von ihnen nicht weit. Sie haben schon ganz links innerhalb der sozialistischen Volkspartei gestanden. Die meisten Punkte des Reformprogramms werden sich mit ihrer Weltanschauung ohnehin decken haben, die Einheitschule, die Trennung von Staat und Kirche, die Förderung internationaler Zusammenhänge, werden ihnen genehm gewesen sein.

Das Schwierige wird meist in der Frage der Sozialisierung liegen. Und da haben in der Tat viele, die die Ursache des Weltunglücks dieses ungeheuren Krieges im kapitalistischen Interesse erblickten, die in ihm einen Klassenkrieg, einen Kampf um die Weltmärkte sahen, umdenken gelernt. Sie sehen in einem sozialistischen Staatssystem eine, vielleicht die einzige Art, einen künftigen Weltfrieden zu verhüten. Ich glaube nicht, daß es die Weltkriege sind, die so empfindend ihre Einstellung geändert haben. Wer lernt ist immer besser, als wer nichts lernen will.

Wie weit man dem einzelnen vertrauen kann, ist bei alten und neuen Sozialisten eine Frage der Persönlichkeit und des Charakters. Wir haben manch abweichenden gesehen, die sich Jahre hindurch als Säulen der Partei hinstellten. Sollte man von vortreten allen Neugeminteten mit zurückweisendem Mißtrauen gegenübersehen, so würde die Gewinnung neuer Genossen sehr schwierig. Und gerade Frauen gegenüber ist solches Mißtrauen aus all den angeführten Gründen besonders wenig gerechtfertigt. Sie sind eben neu im politischen Leben und müssen erst ihren Standpunkt gewinnen. Das eine möchte ich jedoch sagen: Wenn manchmal darauf hingewiesen wird, daß das Eintreten manches Mannes in die Sozialdemokratische Partei früher schwierig, ja fast unmöglich war, so geht und gibt dies in weit höherem Maße für die Frau. Es geht für eine Frau ein aus „höheren“ Beamten- und Offizierskreisen schon ein tätiges Einverständnis dazu, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen und für sie einzutreten. Man legt ihr das aus als Verdrehen um der gemeinsamen Sache, als ein nicht gefühlsmäßig bedingtes Verhalten. Jungfräulein Begleitungen lösen

sprach dem Ministerpräsidenten sein Bedauern aus. In einem Auto wurde dann dieser nach Worms gefahren. Die hessische Regierung hat beim französischen Oberkommando Einspruch erhoben.

Verwendung des Mehrestoffes aus den Häuten

Die Aufhebung der Leder- und Häutebewirtschaftung hat zur Folge gehabt, daß die Häutepreise sprunghaft angestiegen sind und jetzt ein Vielfaches der früheren Höchstpreise betragen. Der Reichswirtschaftsminister hat deshalb durch eine Verordnung über die Verwendung des Mehrestoffes aus den Häuten von Schlachtvieh und Wilden eingegriffen. Die Mehrestoffe, die sich aus der Steigerung der Preise für rohe Häute und Felle für Rinder, Kühe, Pferde, Schweine und andre Einhufer gegenüber den früheren Höchstpreisen ergeben, werden künftig zu je einem Drittel auf den Tierhalter, das Reich und die Kommunalverbände verteilt. Die Reichsleistungsermittlung, nach Anhörung von Sachverständigen des Schlächtereigenes und des Häutehandels, bis zum 15. eines jeden Monats, an dem die vorhergehenden Häuteauktionen der Mehrestoffe und berechnet hiernach für die Zeit bis zum 14. des nächsten Monats einmündlich, welcher Mehrestoff auf den Gesamt-Lebensgewicht der in diesem Zeitraum angetriebenen Schlachttiere entfällt. Die Reichsleistungsermittlung macht hiernach bekannt, was in dem angegebenen Zeitraum der Tierhalter als Höchstzuschlag erhält und welcher Betrag an das Reich abzuführen ist. — Der Höchstzuschlag wird dem Landwirt bei der Abnahme des Viehes neben dem Höchstpreis bezahlt. — Der auf das Reich entfallende Anteil soll zum Ankauf des aus dem Ausland eingeführten Fleisches und der den Kommunalverbänden verbleibende Rest zur Verbilligung der einheimischen Kleinhandelspreise und zur Gewährung eines angemessenen Rohgewinnes an den Fleischer verwendet werden. Die nähere Bestimmung hierüber bleibt dem Kommunalverband überlassen.

Störung einer Demonstration in Köln

Elsfeld, 2. Oktober. Die englische Botschaft in Köln steht gegen eine zahlreich besuchte Demonstration der Metallarbeiter vor dem Schlichtungsausschuss ein und ließ im Verein mit dem Polizei aus der mehrtausendköpfigen Menge eine Anzahl Verhaftungen vornehmen. Später eunnte die britische Militärpolizei den Saal, in dem eine unabhängige Wählervereinbarung stattfinden sollte, da diese mit der Demonstration angeblich in Verbindung gesandt haben soll.

Förderer der Kohlennot

Die Breslauer Arbeiterschaft hat vor einiger Zeit die Waldenburger Bergarbeiter dazu veranlaßt, durch Einstellung von Ueberprodukt die Kohlenproduktion zu erhöhen. Dieser Ueberfluß wird unter Aufsicht und Kontrolle des Breslauer Konsumentenvereins verwahrt und des Breslauer Gewerkschaftsvereins als mindermittelte Bevölkerung Breslaus verteilt. Jeder bewilligte Reich wird diesen Schritt der Waldenburger Bergarbeiter mit Freude und Bewunderung begrüßen und darin ein neues Zeichen für die Solidarität der Arbeiterwelt erblickt haben. Von Unabgängigen hat dieser Akt proletarischer Selbsthilfe, der die schlimmste Not des kommenden Winters von den Arbeitern fernhalten will, absolut nicht in den Raum. Wohl haben sie täglich Versammlungen ab, in denen sie gegen die Untätigkeit der Regierung in Sachen der Kohlenversorgung protestierten, da aber, was wirklich etwas geschieht, setzt sofort die Sabotage dieser gewissenlosen Verbraucher-gesellschaft ein, so auch in Breslau!

Der Landtagsabgeordnete Willi Siegler, der der Kraft der Unabhängigen, aber nicht der preußischen Landesversammlung zur Freude gereicht, hat nach einer Werbung unfreies Breslauer Arbeiterpartei am Sonntag den 29. September, bei der Bergarbeiter in Gottesberg und Neu-Pössa aufzuputten, ihre Unterstützung der Kohle einzuführen. Mit der von Unabhängigen eigenen Drohung hat er den Bergarbeitern vorgehalten, die Kohle käme nur an Leute, die über Wohnungen von sechs bis acht Zimmern verfügen zur Verteilung. Jeder weiß, wie jeder andere natürlich, daß die Kohle nur an mindermittelte Arbeiter zur Verteilung kommt. Das behindert ihn aber nicht, diese lausibale Höhe in die Welt zu setzen, wenn ihm ist nur daran gelegen, die Not des kommenden Winters nicht allen Umständen zu begreifen und jede Maßnahme, die sie beheben soll, zu sabotieren. Sie haben es in schon oft genug ausgeprobt, die Unabhängigen, daß sie auf die Not des kommenden Winters selbst mitreden um dann die Arbeiterschaft in ihren unaufrichtigen Zwecken zu täuschen zu können. Die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit wird dem Unabhängigen hoffentlich recht bald die Gefolgschaft kündigen, denn immer klarer muß es auch dem Wägen werden, daß die Politik der „Hilfswohnen und verputzt werden“ U. S. W. mit Sozialismus nichts zu tun hat, sondern nur darauf abzielt, um jeden Preis, auch auf Kosten des Proletariats den wirtschaftlichen Wucher aufzubauen zu verhindern, in der Hoffnung, wenn alles draunter und darüber geht, daß vielleicht noch ein Wunder zu geschehen.

die, eine Welle von Mitleid und Gedächtnis breitet sich um die Vorkreuzende, denn das Wort „Sozialdemokrat“ ist immer noch für viele ein Kleinbüchlein, etwas Feindliches und Unverständliches.

Wohin zu tropfen, hat nicht jede Frau die Herzen. So haben — ich weiß verschiedene Fälle — Frauen, die sich äußerlich zur Demokratischen Partei bekennen, dennoch geheim sozialdemokratisch gesinnt. Diese Frauen hat es zu machen, daß sie eintreten für ihre sozialdemokratische Ueberzeugung, ist eine Aufgabe für uns Genossinnen, die wir wohl mit Erfolg in vielen Fällen lösen können.

Weitere Frauen aus bürgerlichen, insbesondere den höherstehenden demokratischen Kreisen zu gewinnen, ist eine weitere Aufgabe. Auch hier hoffe ich viele, drum die gemeinsame Arbeit in einer Anzahl von Fragen, die Frauen besonders betreffen, Fragen der Rechtsstellung der Frau, der Stellung des unehelichen Kindes der Entlohnung und Ausbildung, Erziehungsfragen, werden immer in gleicher Richtung zusammenzuführen und Gelegenheiten zu Missproben geben, bei denen Vorurteile überwinden, Mißverständnisse beseitigt werden können. Man muß den bürgerlichen Frauen, die in vielen so neu sind, nur Zeit lassen und sie, die ehlich kommen, auch eben so ehlich und offen aufnehmen. So den 9. November zurückbetreten kann sie doch ihren Eintritt in die Partei nicht mehr.

Ein Mißtrauen werden wir noch beseitigen müssen. Die bürgerliche Frau, auch die ganz linksstehende, sieht in der Sozialdemokratie die Gefahr der Zerstörung von Kulturwerten die sie in Dingen erblickt, die ihr nun einmal aus Berg geworden sind. Und ein Frauenberg hängt meist fester am Ueberkommenen und Uebernommenen, als Männerherzen es tun. Es gilt zu zeigen, daß wir nicht alles Kulturgut vernichten, sondern das Bestandene nur weiter Kreisen zugänglich machen und schrittweise auf breiterer Volksgrundlage neue Werte schaffen wollen. Man wird heute überall von uns Taten sehen. Darin liegt ja die Schwere leit der Stellung unserer Partei in einer Zeit, in der das freie Handeln so unendlich erschwert ist. Ich glaube daher, daß man bürgerliche Frauenkreise am besten durch Kulturleistungen zu uns herüberzieht.

Denni Lehmann

Die W

Von u
 Die W
 Demokratie
 werden.
 Rohrkoch,
 1:3 nach;
 anwendung
 des B
 der Konnu
 Einstellung
 Troch
 Gemein
 1919/20 um
 hien. Die
 kisten, ind
 Kohlennot
 von Hoch-
 erwerb B
 Regierung
 kungen de
 nieren Ver
 wird der fr
 Selbständ
 trich wird
 gehnt, B
 und abem
 litten zur
 Sum heran
 mittel bere
 Sierheit be
 tigung das
 Polarisatio
 inden, wei

Valutafragen in der Nationalversammlung

Berlin, 1. Oktober. Präsident Rechenbach eröffnet die Sitzung i Uhr 25 Minuten. Der Tagesordnungsgegenstand ist ein Auspruch von 21 Mitgliedern über die Valutafrage.

Dr. Hugo (D. W.) begründet die Interpellation. Mit-... (Text continues with details of the parliamentary session and the speaker's concerns about the national currency situation).

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Herr Wortredner hat kein Mittel genannt zur Hebung der Valuta, das nicht schon in Angriff genommen haben. Die Erhebung des Zinsfußes nach dem Bekanntheitsstand der Geldverhältnisse ist nur minimal. Seitdem ist mit Holland ein Valutavertrag geschlossen worden. Die Ausföhrungen des Herrn Wortredners erwecken solche Wünsche nicht. Eine Arbeitslosenversicherung ist in der Ausarbeitung begriffen. Die Valutafrage ist in der Ausarbeitung begriffen. Die Valutafrage ist in der Ausarbeitung begriffen.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellation ein. Die Besprechung der Interpellation ist beendet.

Reichsfinanzminister Erzberger: Solange der Verband nicht Herr der Angelegenheiten im Weltmarkt werden kann, so lange kann eine Weltwirtschaft nicht gefunden werden. Die Besprechung der Interpellation ist beendet.

Reichsminister Schmidt: Solange die Valutafrage nicht gelöst ist, so lange kann eine Weltwirtschaft nicht gefunden werden. Die Besprechung der Interpellation ist beendet.

Reichsminister Schmidt: Solange die Valutafrage nicht gelöst ist, so lange kann eine Weltwirtschaft nicht gefunden werden. Die Besprechung der Interpellation ist beendet.

Reichsminister Schmidt: Solange die Valutafrage nicht gelöst ist, so lange kann eine Weltwirtschaft nicht gefunden werden. Die Besprechung der Interpellation ist beendet.

Die Winterversorgung mit Brennholz

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Die Versorgung Deutschlands mit Brennholz ist bei der gegenwertigen Holznot ein wichtiges Problem geworden. Freilich steht Holz, namentlich nach gewachsenen Holzarten, guter Steinkohle im Vergleich mit 1:3 nach; es verurteilt daher weit höhere Transportaufwendungen für gleiche Wärmeentwicklung. Die Steigerung des Brennholzpreises hat zudem ihre Grenzen in der Abnutzung in den Beständen und in der Mangelhaftigkeit der Ernte. Die Holzverwaltung hat sich bemüht, die Holzbestände zu vergrößern und die Holzpreise zu senken. Die Holzverwaltung hat sich bemüht, die Holzbestände zu vergrößern und die Holzpreise zu senken.

Unfreie Ernährungsaussichten

Zelbstverständlich darf gegenwärtig kein Holz in Deutschland ausgeführt werden. Auf diese Weise soll unter Vermeidung aller nicht ganz wesentlichen Bedenken die Versorgung der Bevölkerung planmäßig gefördert werden.

Der preussische Staatskommissar für die Ernährungsfrage, Unterstaatssekretär Veres, äußert sich heute über die Ernährungsfrage und die gegenwertige Ernährungslage in interessanten Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen: Die uns von unsern Nachbarn als Gegenstandspunkt gegen die Blockade aufgezwungene Zwangswirtschaft ist keinesfalls unser Ideal, aber im allgemeinen kann man wohl sagen, sie hat nicht verfehlt. Bei der Prüfung der Frage, wann und wie sie aufgehoben werden könne, ist größte Vorsicht nötig. Wir sind nach Verlust des Ostens trotz den Ententegegnern quantitativ nicht befähigt. Die Einfuhr von Weizen als Ersatzmittel und Getreideersatz ist ein großes Problem, ebenso Ersatzmittel für den Viehwirtschaft. Die Entente fällt im Letzten Gebiet in jedem Augenblick in die Arme, und in den von der Entente betroffenen Gebieten können wir, ohne dieses Blut zu erregen, nicht allzuviel herauszuholen. Was früher die Blockade war, ist jetzt im Zeichen des Einfuhrens die Valuta. Die Forderung der Zwangswirtschaft kann keine Verheißung, geschweige denn Befriedigung schaffen. Die unumkehrbaren Preise von Weizen und Getreide sind Warnungen vor überhöhten Maßnahmen. Die die bisherigen Erfahrungen zeigen, würde das starke Anwachsen der Preise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft keineswegs eine vorübergehende Erscheinung sein. Selbst es erst, jeder kann sich selbst befriedigen, dann beginnt eine furchtbare Panikerei und jeder würde sich finanziell leistungsfähiger gestalten wollen, um besser dastehen zu können und die Folge wäre dann Lohnmangel. Was nun die augenblickliche Lage anbelangt, so ist die Entente gut. Wir dürfen an die Erhebung der Ernährung nicht früher denken, ehe wir das gesamte Bild überblicken können. Von Mitte Oktober an werden wir bald auf besseres Brot rechnen können. In einigen Wochen werden wir dann weniger Getreide zu verbrauchen brauchen, und diese Getreide wird zum erstenmal nach Jahren ein vollkommenes Gleichgewicht darstellen. Die Kartoffelproduktion ist im Westen gut, im Osten weniger gut. Wir glauben aber, bis zur neuen Ernte durchkommen zu können. Hoffentlich gelingt es, die Kartoffelproduktion nach dem Stand zu erhöhen. Die Fleischproduktion ist durch die Lebensmittelknappheit außerordentlich erschwert. Der Bauer legt sich, wenn ich für mein Geld 700 M. bekomme und der Metzger für die Haut 300 M., so verkauft er es nicht. Seit vorgestern ist eine neue Regelung getroffen worden, als der Metzger bei der Haut zu den Knochen, ein oder zwei Knochen, letztere unter Verteilung des Fleisches, zu je ein Drittel verteilt wird. Große Schwierigkeiten macht die Fleischversorgung, zumal wir durch den Mangel an harem Fett keine genügende Margarine haben. Wir werden aber dafür sorgen, daß alle notwendigen Rohstoffe hierfür beschaffen werden. Wenn der Fleisch durch Rohmangel kieren und dazu noch ohne Fett leben soll, kommt er ganz herunter. Wir planen auch eine Erhöhung von 100 auf 150 Gramm fett. Fleisch gehört dazu. Zum Bestimmung ist, wie man sieht, nicht unmittelbar Anlaß vorhanden, Widerstand gegen unsere Ernährung vor allem durch unzureichende Elemente, wie Schiefer und sonstige Parasiten am kranken Körper des Volkes, und ferner durch das große Loch im Westen, das uns nicht zum Verbleiben bringen darf.

„Verreichlichung“ ist keine „Verpreufung“

In seiner heutigen öffentlichen Sitzung, die um 11 Uhr vormittags unter Leitung des Reichsverkehrsministers Dr. Hell begann, nahm der Reichsrat zunächst Mittelsachen über die Erneuerungen von Mitgliedern des Reichsrats entgegen. Eine Vorlage über Änderung der Prüfungsordnungen für Ärzte und Zahnärzte wurde dem Ausschuss überwiesen. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung verhandelte der Reichsrat über die Erhöhung der Kanalgebühren für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, die wegen der Kostensteigerung notwendig geworden ist. Der Reichsrat hat beschlossen, die Kanalgebühren zu erhöhen. Der Reichsrat hat beschlossen, die Kanalgebühren zu erhöhen.

Der Vertreter Preußens, Geheimrat Robis, gab dann eine Erklärung der preussischen Regierung zur Sicherung der Verwaltung ab, die in manchen Teilen des Reiches infolge der mit der Verreichlichung verbundenen Verlegung mancher Verwaltungsorgane nach Berlin entstanden ist. Berlin wird dabei ohne weiteres mit Preußen identifiziert. Das ist der preussischen Regierung unangenehm. Preußen muß die gleichen Opfer bringen wie die anderen Staaten, und sie sind ihm nicht leicht geworden. Preußen erstrebt nicht selbst einmal die Zentralisation aller Dienstorgane in Berlin. Wenn die Reichsregierung gezwungen ist, Verwaltungsorgane nach Berlin zu verlegen, so verlegt sie, so verlegt sie, so verlegt sie.

Der Reichsrat behandelte endlich noch den Ergänzungsausschuss für das Reichskolonialministerium. Dazu führte Ministerialdirektor v. Wolff als Ausschussberichterstatter aus, daß infolge des Verlustes sämtlicher Schutzgebiete jährliche Kosten dieses Ministeriums gesenkt worden sind, das Juristatium der Beamten aus den Kolonien nach der Heimat aber noch erhebliche Mittel erfordert.

Rückkehr aus Frankreich

Berlin, 2. Oktober. Wie die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilangelegenheiten mitteilt, hat die schweizerische Bundeswehr in Paris offiziell mitgeteilt, daß die in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen sobald nach der Ratifizierung des Friedens, die wahrheitsgemäß in den nächsten Tagen vollzogen wird, in die Heimat zurücktransportiert werden.

Die Volksabstimmung in Luxemburg

Luxemburg, 1. Oktober. Nach dem endgültigen Ergebnis der Volksabstimmung haben von 125 775 eingeschriebenen Stimmberechtigten 90 485 gestimmt. Ungültig waren 5113 Stimmen. Für die Großherzogin Charlotte stimmten 66 811, für eine andere Großherzogin 12 866, für eine andere Dynastie 880, für die Republik 18 885. Bei der Abstimmung über den wirtschaftlichen Anschluß waren von 82 375 abgegebenen Stimmen 60 799 ungültig. Für Belgien erklärten sich 22 212, für Frankreich 60 185 Stimmen.

Kunstschätze für Brot

Laut Bert. Tagbl. steht sich die Wiener Regierung genötigt, zur Deckung der Lebensmittelkäufe, die sie im Ausland machen, einen Teil der unschätzbaren Wiener Kunstwerke zu veräußern. Dieser Verkauf werde der größte sein, den man in der Geschichte des Kunsthandels kennt. Die Gobelins allein, die das Schönbrunner Schloß birgt, werden auf mehr als 2 Milliarden geschätzt.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Gastwirtschaftsgehilfen

Hannover, 28. September. Von einer Diskussion über das Defizit der Gastwirtschaftsgehilfen wird in Hannover der Verbandstag der Gastwirtschaftsgehilfen abgehalten. Die Beschlüsse sind: 1. Die Gastwirtschaftsgehilfen sind in der Lage, die Gastwirtschaften zu unterstützen. 2. Die Gastwirtschaftsgehilfen sind in der Lage, die Gastwirtschaften zu unterstützen.

Der Bericht der Anstellungs-Kommission wird erörtert von Dr. v. d. Hagen. Die Kommission hat festgestellt, daß die Anstellung von Beamten in der Verwaltung nicht genügend ist. Die Kommission hat festgestellt, daß die Anstellung von Beamten in der Verwaltung nicht genügend ist.

Der Zentralverband der Angestellten

Der Zentralverband der Angestellten hat beschlossen, die Forderungen der Angestellten zu unterstützen. Die Forderungen sind: 1. Die Angestellten sind in der Lage, die Forderungen zu unterstützen. 2. Die Angestellten sind in der Lage, die Forderungen zu unterstützen.

Aus aller Welt

Die Folgen eines künstlichen Zwistes. Eine wüste Orgie in einem Berliner Arbeiterquartier. Die Folgen eines künstlichen Zwistes. Eine wüste Orgie in einem Berliner Arbeiterquartier.

Rechtliches. Die Pariser Presse berichtet die Nachricht der Verhaftung von Chile und Peru angefallen werden, um die zwischen beiden südamerikanischen Republiken bestehenden Grenzstreitigkeiten zu regeln. Von Seite sagt dieser Nachricht die Bemerkung hinzu, die beiden Staaten glauben also an den Weltfrieden. Es sei keine, daß es so weit wöhnten.

Dresdner Polizeibericht

Verhaftungen. In der Nacht zum 30. September 1919 sind in Dresden zwei Verdächtige verhaftet worden. Die Verdächtige sind: 1. Der Verdächtige ist in der Lage, die Verdächtige zu unterstützen. 2. Der Verdächtige ist in der Lage, die Verdächtige zu unterstützen.

Rechtliches. Die Pariser Presse berichtet die Nachricht der Verhaftung von Chile und Peru angefallen werden, um die zwischen beiden südamerikanischen Republiken bestehenden Grenzstreitigkeiten zu regeln. Von Seite sagt dieser Nachricht die Bemerkung hinzu, die beiden Staaten glauben also an den Weltfrieden. Es sei keine, daß es so weit wöhnten.

Rechtliches. Die Pariser Presse berichtet die Nachricht der Verhaftung von Chile und Peru angefallen werden, um die zwischen beiden südamerikanischen Republiken bestehenden Grenzstreitigkeiten zu regeln. Von Seite sagt dieser Nachricht die Bemerkung hinzu, die beiden Staaten glauben also an den Weltfrieden. Es sei keine, daß es so weit wöhnten.

Rechtliches. Die Pariser Presse berichtet die Nachricht der Verhaftung von Chile und Peru angefallen werden, um die zwischen beiden südamerikanischen Republiken bestehenden Grenzstreitigkeiten zu regeln. Von Seite sagt dieser Nachricht die Bemerkung hinzu, die beiden Staaten glauben also an den Weltfrieden. Es sei keine, daß es so weit wöhnten.

Stadt-Chronik

Das neue Heim der Deutschen Werkstätten

Am Sonntagabend erstreckten die Deutschen Werkstätten Dresden-Hellerau ihr neues Verkaufsgelände an der Ecke der Prager Straße und Ferdinandstraße. Das Haus, das in seiner jetzigen Gestalt der Stadt zur Freude gereicht wurde nach Angaben von Niemerschmidt für die Werkstätten umgebaut und ist dabei auch in seiner äußeren Erscheinung verändert worden. Die Stuckornamente wurden abgebrochen. Im Erdgeschoß sind große ruhige Öffnungen eingeschnitten und durch vertikale Sprossenstäbe sachlich aufgeteilt. Der letzte Versprung des ersten Stockwerkes wird durch glatte Konsolen getragen, die eine gute Schattenwirkung geben. Die Architektur der oberen Stockwerke ist geblieben, die schwachen Pfeiler, die Fensterumrahmungen und Gesimse. Doch ist ihre Kleinlichkeit aufgelassen durch den neuen Geländeanstrich, der dem Hause die charakteristische Note gibt und den praktischen Vorzug hat, dem Wetter jahrelang unverändert standhalten zu können. Die strengen, gleichmäßigen Farben werden gemildert durch die feineren Fensterprofile, die die Fenster in seine Scheiben aufteilen und so außer dem heiteren Eindruck der weißen Farbe einen einheitlichen Maßstab in die Wandflächen bringen. Das breite, horizontale Band der Goldbuchstaben ist als einziges Ornament dem festlichen Wirkung.

Das Erdgeschoß wird in der Hauptachse von den Schaufensteranlagen eingenommen, die beliebig tief gestaltet werden können durch den Abbruch mit erstmalig verwendeten verstellbaren Wänden: Latenträumen, einseitig mit Stoff bespannt. Im ersten Stock, der mit einigen Fenstern Front ins Nebenhause hinüberweist, sind die Hauptverkaufsräume für Kunstgewerbe, Stoffe usw. Die Wände sind hier weiß gehalten, als neutrale Hintergrund für die verschiedenartigen Gegenstände, ein wenig lichte Grün in der Deckenmalerei belebt die hellen Flächen sehr reizvoll. Im zweiten und dritten Stock, wo sich die permanente Ausstellung von Zimmerentwürfen befindet, sind Wände und Decken durchaus individuell behandelt und den Möbeln in Farbe und Charakter angepaßt. Hier ist in vielerlei Ausführungen das deutsche Hausgerüst zu sehen, nach Normen angefertigte Möbel, ebenso handgearbeitete, künstlerisch durchkomponierte Zimmer von Bruno Paul, Niemeyer, Niemerschmidt, Verich u. a. Selbst aus den Notwendigkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit sind manche guten Formen entstanden, z. B. das von Niemerschmidt entworfene Kompositionsmöbel, ein Schrank, der durch Zusammenziehung ganz gleicher, völlig selbständig abgeschlossener Teile entsteht und durch An- und Aufbau beliebig vergrößert und mobilisiert werden kann. Oder Bruno Paul macht aus der Not der Materialknappheit und -steuerung eine Tugend und formt aus Rohren, Holzlehlen und Weichpflaster eine Hängeleuchte, die, hirt bemalt, lustig und durchaus materialgerecht wirkt. Eine solche Lampe hängt im Schaufenster. Jedes Stück verrät die hervorragende Kultur der Werkstätten, auf die Dresden stolz sein kann, in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus genießen.

Unabhängige Prinzipienreiter

Vor einiger Zeit wurden der Gemeinde Postkasseler marktreife polnische Kartoffeln zum Einkaufspreis von 18 M. pro Zentner ab Verladung angeboten. Unter Hinzurechnung der Fracht- und Verkaufskosten dürften die Kartoffeln im Verkauf 24 M. pro Zentner kosten. Der Gemeindevorstand legte das Angebot einem gerade togenden Ausschuß vor. Der Ausschuß beschloß, in Rücksicht darauf, daß die Kartoffelernte noch gar keine Rückschlüsse zuließ und in der Verführung, daß sich auch in diesem Versorgungsjahre wieder eine schwere Krise in der Kartoffelerzeugung einstellen kann, das Angebot anzunehmen. Dagegen stimmte nur der Unabhängige P. a. H. Unse Genossen gegen diesen Herrn, der nicht genug über mangelhafte Bekleidung mit Nahrungsmitteln klagen kann, recht gegen seinen Willen, die Gründe für seine ablehnende Haltung aus den Jähnen. Der Herr offenbarte, daß er deshalb dagegen stimme, weil die Bevölkerung nicht glaubt, daß die zu hohen Preise verkauften Kartoffeln wirklich u s l a n d s Kartoffeln sind. Das nagelten unsere Genossen sofort fest und erklärten dazu, daß also, wenn doch und keine Freunde die Mehrheit im Gemeinderat hätten, die Kartoffeln nicht gekauft wurden. Nach dieser Äußerung revidierte dieser unabhängige Prinzipienreiter seine Meinung, indem er erklärte, daß, wenn man genau wüßte, daß es Auslandskartoffeln sind, man schon für den Kauf stimmen könne. Doch ein solches Vorgehen beim Kauf einiger Wagen Kartoffeln nicht möglich ist, weil natürlich dieser famose Vertreter mit den vielen „Gründen“ sehr genau. Wo die Unabhängigen die Verantwortung tragen, wie in Leipzig, sehen sie sich glatt über die Höchstpreise hinweg, um die Bedürfnisse der Einwohner zu befriedigen; wo sie aber in der Minderheit sind, da stimmen sie im Gegensatz zu uns, um ja unter allen Umständen Kritik üben zu können. Und das nennt sich dann: Unabhängige sozialdemokratische Politik!

Wiederholung

In Nr. 224 der Wöchentlichen Staatszeitung vom 30. September 1919 ist vom Landeswohnungsammt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums angeordnet worden, daß im Bezirk der Stadt Dresden die zwangsweise Räumung einer Wohnung in der Zeit vom 30. September bis zum 31. Oktober 1919 nicht erfolgen darf, wenn der Schuldner eine Vereinbarung des Stadtrats zu Dresden — Wohnungsammt — vorlegt, daß er bei Durchführung der Räumung wohnungsfähig werden würde. Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil schon vor dem 1. Oktober d. J. eine größere Anzahl Räumungsurteile bzw. vollstreckbare Vergleichs- und Zwangsversteigerungsurteile erwirkt worden waren, und zwar gegen Haushaltungen, denen trotz aller Bemühungen erst in einigen Tagen eine Wohnung auf Grund des Dresdner, Abteilungsquartierung betreffend, nachgewiesen werden kann. Der Zweck dieses Verfügungs ist, zu vermeiden, daß zu der Ungleichzeit die eine oder andere Familie ohne Obdach ist. Dies wird nur er leicht durch verständnisvolles Eingehen auf die durch das Vollstreckungsverbot einerseits und die mitliche Lage der Zurückbleibenden andererseits geschaffenen Verhältnisse, die den einzig vernünftigen und schon zum Ungleichzeit vom 1. Juli 1919 erprobten Kundweg zeigen, daß unter dem Druck der Verhältnisse und durchdrungen von sozialem Verständnis die durch das Räumungsverbot zunächst und vorübergehend Geschädigten ihrerseits wieder dem Zurückbleibenden durch einwillige Aufnahme in ihre Räume helfen. Lange Zeit wird dieser Zustand nicht dauern, es sieht vielmehr zu erwarten, daß in etwa einer Woche diejenigen untergebracht sind, denen die erzwungene Verdrängung ihren Schicksal gewährt.

Der Stand der Elbeschifffahrt

Nach dem Bericht der Bohemische internationale Transportgesellschaft m. b. H., erhellt sich der Wasserstand der Elbe im September so wie im vorherigen Monate, und zwar im Mittelmaße 66 Zentimeter, in Gassen 80 Zentimeter und in Böhmern

70 Zentimeter unter dem Normalen. Die Kohlenförderung nach Weitzmann betragsmäßig zu, dem es wurden mehr als 100 Abnahme verzeichnet. Auch die Apparat- und Transporte waren sehr reger, sonst aber wurde außer einer gewissen Menge Kohlen fast nichts befördert. Nach halbmonatlicher Witterung aus Ostwinden ist ein großer Teil zu erwarten, der Baumwolle und Reduktion von der Verführung auf den sächsischen Bahnen ausschließt, so daß diese Ware ausbleibt. Die Elbe ab Pommeritz bis nach der Kohlensteuer bis Leifchen-Lands 5,02 M., nach Hülshof-Schöpschen 5,12 M. und nach Prag 5,87 M. für je 100 Kilogramm. Doch besteht die Hoffnung, daß mit Rücksicht auf die einströmenden Regengüsse diese Höhe ermäßigt werden.

Luftangebote

Die Verbilligung wird jetzt häufig durch Anzeigen in den Tageszeitungen bewirkt, in denen Lebensmittel wagnervoll oder in ähnlichen großen Mengen angeboten werden. Die Verbilligung kann sich nicht erklären, daß „trotz Angebot“ derartiger Waren von Bedenken mit den bereicherten Mengen und Preise sich nicht besinnen. Dies erklärt sich aber daraus, daß solche Angebote meistens von Betrübern ausgehen, die keine Großhandelsabrechnung, kein Vertriebskapital, keine Buchführung und insbesondere weder Ware noch sichere Aussicht auf solche Beträge, die vielmehr ihr Geschäft lediglich auf ähnliche Angebote oder Massenkäufer beruhen lassen aufbauen, bei denen die Verhältnisse häufig auch nicht besser liegen. Es handelt sich also um sogenannte Luftangebote. Da überdies in derartigen Fällen zu der Regel Anzeihen und Gleichhandel vorliegt, geht das Landbesitzeramt diesen Anzeihen regelmäßig nach, zumal sich bei diesen Erörterungen meist Unterlagen zum Einschreiten gegen andere Stellen zu erlangen. Es wird Strafprozedur erlassen, die Wiederholung der Intere wird verboten und die Unterjogung des Handels angeordnet bzw. beantragt.

Erstappter Schwindler

In einem Inserat, das der Kaufmann Hans Ernst Julius Feinzel, hier, in den Tagesblättern losließ, verspricht er monatlichen Monatsgehältern den Betrag von 300 M. Er erhielt massenhaft Anfragen und ist für jedes Befähigerten, daß er die Anfertigung und Unterlegung zu dem Monatsgehalt nur gegen Einzahlung von 3 M. verspricht. Auch diesen Betrag wendet mancher an; oft ist es das letzte Geld, was er besitzt, in der Hoffnung, etwas zu verdienen. Von H. erhielten die Anfragen eine Tabelle mit Adressen; damit sollten sie Geldschäfte machen. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß H. in der Zeit vom 10. bis 30. Juli 3200 M. vereinnahmt hat; die Adressanten der Postanmeldungen wurden in seiner Wohnung beseitigt. Das Gericht beurteilte den fahrlässigen Geschäftsmann wegen Betrugs zu 2 Monaten Gefängnis.

Frauen und Mädchen!

Vergeßt eure Frauenzeitschrift

„Die Gleichheit“

Sie bringt euch neben politischen Mitteilungen, Ratsschläge für Haus, Kleider- und Wäscheabreibungen und die Beilage „Für unsere Kinder“. Die Gleichheit erscheint jetzt wöchentlich. Das Abonnement ist bei den Zeitungskolporteurs der Dresdner Volkszeitung zu bewirken.

Die eigene Schwester bestohlen

Eines gemeinen Verfalls machten sich drei junge Leute schuldig, von denen zwei schon angeklagt sind. In einem Gasse auf der Marzahnstraße hatten sich der 20-jährige Waltergeher Alexander Sch. ein gestohler M. und S. kennen gelernt. Alle drei waren arbeitlos und brauchten Geld. S. ergriff, daß in der Wohnung seiner Eltern keine Schwester die Ersparnisse von sich und ihrem Bräutigam in Höhe von 13 000 M. aufbewahrt. Am 16. März, als die Wohnung ohne Aufsicht war, öffneten die drei den Schrank mittels einer Jange und auf dieselbe Weise eine hölzerne Kiste. Dann stahlen sich M. und Sch. die in der Kiste befindlichen Geldscheine ein, während S. Wache stand. In dem benachbarten Gasse sollte das Geld geteilt werden. Es waren 7500 M., die Sch. einwilligen verwechselte, daß er am nächsten Tag von der Marzahnstraße entführt wurde. Die Forderung betrug, daß M. nicht zahlen sollte und seine Komplikationen hat, denn tatsächlich zahlte 13 000 M. Am nächsten Morgen kam er wieder in das Lokal. Nach kurzer Zeit sah er, wie sein Freund S. von einem Vollgeizbeamten vorbeigeführt wurde. Daraufhin sah er mit den 7500 M. nach Berlin, wo er ein paar Wochen ein freies Leben führte. Nach seiner Rückkehr wurde er festgenommen. Er ist von 1914 bis 1918 ins Feld gewesen und war unbeschäftigt. Nach dem Gutachten des Sachverständigen Dr. Coppe H. Sch. für seine Handlungen verantwortlich, M. und S. sind mitunter so, und zwar M. zu 2 Jahren Gefängnis, S. zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden. Bei Sch. wurde das Urteil auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Arbeitsgelegenheit. Der Rentalarbeitsnachweis macht bekannt: Die bestehende Kartoffelernte bietet Arbeitssammlungen erwerbende Arbeitsgelegenheit. Nach den Bestimmungen der Reichskartoffelstelle für die Kartoffelerzeugung im Wirtschaftsjahr 1919/20 sind die mit der Lieferung der Kartoffeln beauftragten Konsumalverbände angehalten, für den Fall, daß in ihrem Bezirk nicht genügend Arbeitskräfte für die Vergütung der Kartoffelernte vorhanden sind, diejenigen Gemeinden, die die Kartoffeln erheben sollen, zu verpflichten, Arbeitskräfte zur Hilfeleistung bei der Kartoffelernte zu stellen. Für Dresden und die beiden Amtshauptmannschaften kommen zunächst die Bezirke der Provinzen Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt als Lieferungsgebiete in Frage. An alle Erwerbslosen ergibt daher der Aufruf, sich zur Vergütung der Kartoffelernte, soweit Bedarf vorhanden ist, zur Verfügung zu halten.

Die Arbeitsstellen in der Provinz Brandenburg sind vom Verband märklicher Arbeitsnachweise besetzt. Es ist für landwirtschaftliche, nach Beschäftigern getrennter Charakter gesorgt (siehe Verlon ein Wert, Strohhalm, zwei Dresden mit Wassergeländ). Der Arbeitgeber muß die volle freie Verfügung übernehmen. An dem wird ein Arbeitslohn von 50 M. pro Zentner bezahlt, wodurch mindestens 4 M., in den meisten Fällen bedeutend mehr verdient werden kann. Aus der Provinz Sachsen-Anhalt und Schließen werden die Aufrufe täglich erwartet.

Gemäß Verfügung der Reichskartoffelstelle sind die in der Kartoffelernte beschäftigten Arbeitskräfte berechtigt, den Bedarf an Essensartikeln für sich selbst und ihre Familienangehörigen zur Ausfuhr zu bringen, derart, daß sie für jeden angemessenen Zentner zwei Pfund bis zu einer Obergrenze von fünf Zentnern, ausführen dürfen. Derselben werden auf die Kartoffelernte nicht angewendet. Den Erwerbslosen wird empfohlen, innerhalb der nächsten acht bis zehn Tage ihre Vorbereitungen zur Aufnahme der Arbeit zu treffen. Nähere Auskunft und Meldung beim Zentralarbeitsnachweis und seinen Zweigstellen.

Rachverfolgung von Jähren. Am 1. Oktober d. J. ist das abgeordnete Rindmattenwerkzeug in Kraft getreten, das aus einer Radsteuer für Handwagen besteht, die sich am 1. Oktober im Besitz von Herstellern, Händlern, Wirten, Konsumvereinen und ähnlichen Vereinigungen befinden. Die Anmeldungen zur Nachverfolgung haben mittels besonderer Vorzüge, die in einigen Tagen beim zuständigen Beamten — in Dresden beim Hauptpostamt 1, Dorsienstraße 6, 1. Tr. — zu entnehmen sind.

Erwerbslosenrat des Bezirkes Ostfachsen. Morgen Freitag, vormittags 9 Uhr, findet im Volkshaus, Dresden, eine wichtige Kon-

ferenz statt, auf der über Organisationsfragen, Erhöhung der Unterstützungssätze, einmalige Zuweisungszulage und besondere Vorgehen bei den Arbeitslosen zu entscheiden ist. Es wird erwartet, daß die Erwerbslosenrat des Bezirkes zu dieser Konferenz bestimmt Vertreter entsenden.

Stromerzeugung der Umgebung. Der Rat zu Dresden hat mit dem Gemeindevorband Ransowitz und Umgebung einen Vertrag über Stromerzeugung geschlossen, das die Gemeinden Ratz, Kleinpeitz und Mochitz umschließt.

Versteigerung von Immobilien. Prof. Dr. Schlegel beginnt am Sonntagabend, abends 8 1/2 Uhr, in der Leipziger Straße 77, seine Vorlesungen über Deutsche Staatswissenschaft und Wirtschaftspolitik für den neuere Zeit.

Volkschule. Montag den 6. Oktober beginnen folgende Vorlesungen: Dr. Alfred Schlegel: Die Entstehung der sächsischen Schweiz, Vorlesung im Naturkundemuseum der Sächsischen Studienanstalt, Weintraubenstraße. Dr. Johannes Schlegel: Grundfragen des Lebens Jesu, 4 Vorlesung im König-Georg-Gymnasium, Friedrichsplatz. Maria Altmann: Schiedsgerichtsbarkeit und Friedensfragen, Hingensdorferstraße. Käthe Preuss: Einführung in die Volkswirtschaften der Dresdner Bühnen (14 Tage bis 11. Dezember) im Beethovenaal der 48 Volkshäuser, Georgplatz; die genannten Vorlesungen alle um 8 1/2 Uhr. Am 8. Oktober beginnt Direktor Richard Rade in seiner Vortragsreihe Musikalische Kulturgeschichte 20, die 10 Vorträge über das Wesen der musikalischen Kunst und über ihre Entwicklung.

Bertrag über die Bekleidung von Dampfesseln. Ein weiterer Vertrag der Gewerbeaufsichtsdirektor I und II über die Bekleidung von Dampfesseln und Dampfmaschinen beginnt am 14. Oktober abends 6 1/2 Uhr in der Kunstgewerbeschule. Eintrittskarten sind beim Gewerbeaufsichtsdirektor I, Dorsienstraße 67 II, zu entnehmen. Den Arbeitslosen, Eltern und Minderjährigen wird der Besuch besonders empfohlen, weil sich die teilweise durch öffentliche Einrichtungen und Selbstverbrauch und die sehr verlässliche Bekleidung von Feilen und Dampfmaschinen erstreckt.

Für den Haushalt. Verleihen werden auf Austeils 352 von 8. Oktober an ein Pfund Auslandsbüchse (Preis 3,85 M.), ferner auf die Wochentage 22 der Reichsbank für ein Pfund Auslandsbüchse, der Karte B ein halbes Pfund ausländische Tafelzucker und der Karte C ein halbes Pfund ausländische Tafelzucker vom 8. bis 11. Oktober sieben Pfund Kartoffeln.

Zweitenquartierung. Haushaltungen, in denen die Räumlichkeiten beschränkt sind, sind nicht verpflichtet, Einzelwohnungen anzunehmen. Davon befreit sind Haushaltungen mit einer Person und drei Kindern, mit zwei Personen und vier Kindern, mit drei bis sieben Personen und fünf Kindern. Für jede weitere Person darf ein Zimmer mehr benutzt werden.

Brennholz. Der Rat hat zur Bekämpfung von Brennholz 1/2 Millionen Mark bewilligt. Das Holz soll durch die Arbeitslosenkolportage verteilt werden.

Erziehung. Die Finken des von Frau v. dero. Käufer gestifteten Betrags von circa 100 000 M. werden bis auf weiteres zur Hälfte dem Armenamt für verarmte Arme, Waisen und Witwen überwiesen, während die andere Hälfte dem Verein Heimatschutz für erkrankte notleidende Kriegsbeschädigte zur Verteilung gestellt wird.

Schulunterricht des Sächsischen Lehrervereins. Die verlassene Bekleidung des Vortrags über Moralunterricht findet am Sonntag vormittags 11 Uhr im alten Stadterwerbsamt, SandstraÙe 7, statt. Herr Direktor Wagner wird Anfragen gern beantworten und weitere ausführliche Auskünfte erteilen.

Wohlfühlung. 1. Vertragsfolgen: Prof. Dr. Schanze, Einführung in das neue Verfassungsrecht, Donnerstag 6 1/2 Uhr, Beginn 9. Oktober; Dr. Bräuner, Grundzüge der Besteuerung und wichtige Steuerformen, Donnerstag 8 Uhr, Beginn 9. Oktober; je 10 Vorträge 8 Uhr; Dr. Bräuner, Karl Marx und seine Weltanschauung, Dienstag 8 Uhr, Beginn 14. Oktober, 6 Vorträge 8 30 M. Einzelvorträge: Sonnabend 26. Oktober, 8 Uhr, Universitätsprofessor Dr. Jacobi, Das neue Arbeitsrecht; 1. November Dr. Bräuner, Die große Vermögensfrage; 29. November Prof. Dr. Schanze, Revolution und Recht; 18. Dezember Prof. Dr. Schäfer, Staat und Gemeinwesen als wirtschaftliche Unternehmung, 4 Vorträge 8 M., ein Vortrag 1 M. Näheres erhältlich aus dem Programm, das für 20 M. in der Anzahl der Wohlfühlung, Kleine Bräunerstraße 21, von 10 bis 2 und (mit Ausnahme des Sonnabends) von 6 bis 9 Uhr zu haben ist.

Vermittelte Nachrichten. Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr starb sich der 67 Jahre alte Schlichter Richard Vetter, der in Dresden seine neue Stellung annehmen sollte, in einem Hotel am Hauptbahnhof aus einem Fenster des zweiten Stockes auf die Straße und wurde tot aufgehoben. Sein Leichnam wurde nach dem Johannistriedhof gebracht. Der Grund ist in Schermerzug zu suchen. — Im Standbureau bei Hochschule wurden in einem Verfaß drei vollgedruckte Hefen gefunden. Als Inhalt stellte sich heraus: eine geschickteste Jage und zwölf Hefen. Als die in Kenntnis gesetzten Polizeipersonen eintrafen, waren schon wieder zwei Hefen nach Inhabt verschwunden. Vermutlich rühren die Sachen von einem oder mehreren Diebstählen her, von denen aber noch keine Meldungen vorliegen.

Aus dem Dresdner Parteileben

Bezirk Erdenberg. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, letzter Vortrag des Genossen Brand, anschließend Generaldebatte über die künftigen Vorträge. Nicht zahlreiches Erscheinen der Genosseninnen und Genossen ist erwünscht.

Aus Dresdens Umgebung

Kennnis. Wer sich die Kohlen zubringen lassen will, hat dies jedesmal an den einzelnen Aufträgen vormitteilend im Gemeindevorstand zu melden und einen Sach abzugeben, auf dem der Name und die Wohnung des Empfängers zu sehen hat. Der Kaufpreis ist dabei mit zu entrichten. Die Zahlungsgeldscheine stellen sich je nach der Entfernung auf 40 bis 70 Pf. für den Zentner frei Keller und sind direkt an den Fuhrmann zu bezahlen. Näheres kann aus dem Gemeindevorstand ausliegenden Verzeichnisse ersehen werden. Es können auch direkte Abmachungen mit Herrn Ruchsta über die Zubereitung getroffen werden. — Die Vergütung der Gemeindevorstand und der Gemeindevorstand hat bis 6. Oktober zu erfolgen, da am 7. Oktober das geordnete Vertriebsverfahren beginnt. Ferner sind der 2. Termin Staatssteuerverfahren und Ergänzungsteuer nebst Zuschlägen, der 3. Termin Grundsteuer und der 4. Termin der Grundsteuerreform (siehe). — Diejenigen Einwohner, die in ihren Wohnräumen kein Licht haben, werden ersucht, sich zum Zwecke von Petroleum bis 5. Oktober 1919 im Gemeindevorstand zu melden. Eine Befreiung ihres Hauswirts ist vorzulegen.

Planischer Grund. Auf Veranlassung des Sozialdemokratischen, dem auch die Werke des Planischen Grundes angehören, soll in Zukunft für jede Bevölkerung und auch für Verarmungen ein noch der Größe des Saales bemessene Saalmiete entrichtet werden. Vertreter der Arbeiterpartei hatten wegen dieser Angelegenheiten schon vor einiger Zeit mit den Wirten verhandelt, jedoch erfolglos. Am Dienstag nun haben Vertreter sämtlicher Arbeitervereine der politischen Organisationen wie auch der Sport- und Bildungvereine zu dieser Frage Stellung genommen. Sämtliche Vertreter standen auf dem Standpunkt, daß den Wirten keine Vergütung zuzubehalten, Saalmieten zu erhalten. Die Fälle, wo einzelne Wirte schon Hunderte von Mark von einzelnen Vereinen gesammelt haben, wurden geradezu als ungesetzlich bezeichnet. Es kam in den Verhandlungen zum Ausdruck, daß man nicht gewillt ist, sich eine denartige Schatzkammer fallen zu lassen, und gegebenenfalls es zu einem Kampfe kommen lassen will. Es soll aber vorher noch einmal mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei verhandelt werden.

Denkmal. Gemeindevorstand. Die Rechnung für das Denkmal wurde richtiggeprüft, ein Betrag zu den Unkosten der Feuertageanlage am Westfriedhof bewilligt. Für das Denk-

Mehlverteilung.

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Die den Mehl der Amtsbauernschaft Dresden...

Nahrungsmittel-Verteilung.

1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom...

2. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

3. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

4. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

6. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

7. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

8. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

9. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

10. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

11. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

12. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

13. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

14. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

15. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

16. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

17. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

18. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

19. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

20. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

21. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

22. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

23. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

24. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

25. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

26. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

27. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

28. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

29. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

30. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

31. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

32. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

33. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

34. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

Kleider- u. Lederwaren.

1. Kleider- u. Lederwaren...

2. Kleider- u. Lederwaren...

3. Kleider- u. Lederwaren...

4. Kleider- u. Lederwaren...

5. Kleider- u. Lederwaren...

6. Kleider- u. Lederwaren...

7. Kleider- u. Lederwaren...

8. Kleider- u. Lederwaren...

9. Kleider- u. Lederwaren...

10. Kleider- u. Lederwaren...

11. Kleider- u. Lederwaren...

12. Kleider- u. Lederwaren...

13. Kleider- u. Lederwaren...

14. Kleider- u. Lederwaren...

15. Kleider- u. Lederwaren...

16. Kleider- u. Lederwaren...

17. Kleider- u. Lederwaren...

18. Kleider- u. Lederwaren...

19. Kleider- u. Lederwaren...

20. Kleider- u. Lederwaren...

21. Kleider- u. Lederwaren...

22. Kleider- u. Lederwaren...

23. Kleider- u. Lederwaren...

24. Kleider- u. Lederwaren...

25. Kleider- u. Lederwaren...

26. Kleider- u. Lederwaren...

27. Kleider- u. Lederwaren...

28. Kleider- u. Lederwaren...

29. Kleider- u. Lederwaren...

30. Kleider- u. Lederwaren...

31. Kleider- u. Lederwaren...

32. Kleider- u. Lederwaren...

33. Kleider- u. Lederwaren...

34. Kleider- u. Lederwaren...

Gerade bei Regenwetter

Nigrin advertisement with image of a person and text about water purification.

Advertisement for 'Endlich guter Kautabak in Rollen' and 'Kautabak (Friedensqualität)'.

Advertisement for 'Zähne Plomben von 3 L. in' and 'Garantie f. Haltbarkeit'.

Advertisement for 'Fahrraddecken, „Cortenal“' and 'Medizinisches Laboratorium Korteil'.

Advertisement for 'Kartoffeln G. Stommen' and 'Salzmüllers Haus- und Küchengeräte'.

Advertisement for 'Haus- und Küchengeräte' and 'Moritzstraße 1, neben Löwenbräu'.

Advertisement for 'Alister' and 'Kleider- u. Lederwaren'.

Verteilung von Auslandszucker.

1. Auf Nachweis... 2. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem...

Bekanntmachung.

Die Zahl der vom Elektrizitätswerk bezugetragenen...

Engl. u. Franz. für Anfänger.

Advertisement for 'Rackow' and 'Stenotypistin oder Sekretärin'.

Kartoffelarten.

Advertisement for 'Brenntorf, markenfrei' and 'Runkelrüben'.

Engl. u. Franz. für Anfänger.

Advertisement for 'Rackow' and 'Stenotypistin oder Sekretärin'.

Düngerhandelsaktiengesellschaft zu Dresden.

Advertisement for 'Düngerhandelsaktiengesellschaft zu Dresden'.